

Ansgar Holz knecht

Kirche, Klimawandel, Kulturwandel – Zukunftsfähigkeitsversuche im Rückblick

Beitrag im Rahmen des Kolloquiums

„Erfahrungswerte zur Raumentwicklung –Einsichten aus dem Rückspiegel“ am 20.06.2011

Auch ich „war da mal weg“ - wie Hape Kerkeling - auf einem Pilgerweg, aber vom niedersächsischen Loccum zum thüringischen Volkenroda, vom Tochterkloster zum Mutterkloster, von der mittelalterlichen Neugründung zu einer der frühen zisterziensischen Gründungen. Der ehemalige Landesbischof Hirschler hatte die Idee zu diesem Pilgerweg über die innerdeutsche Grenze hinweg.

Ich kannte Loccum, die Akademie. Das Umweltministerium war zusammen mit dem damaligen Studienleiter der Akademie Meinfried Striegnitz, dem nachmaligen Präsidenten des Landesamtes für Ökologie, auf Tagungen neue Wege im Umweltbereich in der Wasserwirtschaft, in der Umweltbildung und im Aufarbeiten von Konflikten (Münchehagen) gegangen. Ich kannte Volkenroda bei Mühlhausen. Ein in den Bauernkriegen zerstörtes Kloster, eine ehemalige Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, ein aufgegebener Ort .

Nur ein Ehepaar gab nicht auf, ein Förster und seine Frau, eine Agrarierin. Es fand sich eine ökumenische -Bruderschaft nach der Wende und wagte einen Neuanfang. Heute steht dort der Christus-Pavillon von der EXPO in Hannover in Stahl und Glas.

Nach meinem Ausscheiden aus dem Dienst machte ich mich auf den Weg, auf diesen Pilgerweg allein und zu Fuß. Gute 300 km. Ein besonderer Weg an einem Übergang in einen neuen, in den letzten Lebensabschnitt. Ein Weg, den ich mache und der etwas mit mir macht. Ein Weg mit „Einsichten im Rückspiegel“ mit „Zukunftsfähigkeitsversuchen im Rückblick“. Ein Weg, der **aufmerksam** macht auf das, was am Wege liegt, und zugleich denken lässt an das, was vordem war, aber auch an das, was in Zukunft sein wird.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung am Wege darf ich Ihnen die Geschichte der **Aufmerksamkeiten** erzählen, die meine Lebenszeit geprägt hat. In diese Geschichte gehören die Stichworte „Kirche, Klimawandel, Kulturwandel“. Sie sind die Abwandlung des Titels eines Positionspapiers „Kirche, Kernenergie, Klimawandel“, das auf meine Anregung und unter meiner Mitarbeit vom Forschungsinstitut für Philosophie Hannover (fiph), einer Einrichtung des Bistums Hildesheim, im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der Debatte um die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke veröffentlicht wurde.

Wir sind von einer **Kultur der Aufmerksamkeit** geprägt. Der Mensch gestaltet durch die Art und Weise, wie er mit seiner Aufmerksamkeit umgeht und sie einsetzt, sein Leben, die Gesellschaft, die Welt. Und durch die Aufmerksamkeit, die man auch gerne die kleine nennt, kommt Charme in die Welt.

Die Aufmerksamkeit gibt es auch als die **Aufmerksamkeit auf die Aufmerksamkeit**, also als Reflexivität. Der Blick noch einmal da drauf. Als Philosophie. Dadurch kann man auch auf Übersehenes, Vergessenes oder Neues aufmerksam werden.

Es gibt auch **den blinden Fleck**. Wohin man auch hinblickt, man sieht ihn nicht, weil er immer mit wandert. Man kann nur auf ihn durch bestimmte Sehversuche aufmerksam werden. Aber das Nichtsehen des blinden Flecks selbst sieht man nicht. Aber man kann verstehen, dass auch an der Stelle, wo man nichts sieht, etwas sein muss.

Normal schenken wir unsere Aufmerksamkeit dem, was uns vertraut ist. Sie beginnt sich zu verändern, wenn wir darauf aufmerksam werden, dass das, was wir sehen, nicht alles ist. Sie wird unruhig, wenn es uns zur Gewissheit wird, dass wir etwas sehr Wichtiges nicht sehen können. Wir müssen dann alles mögliche umstellen, umbauen, neu sortieren oder sogar alles transformieren, in eine andere, neue Form bringen, damit es sichtbar wird und zum Tragen kommt. Und am Ende sehen wir alles, auch uns selbst, mit neuen Augen und können auch anders handeln. Ist dieser Vorgang radikal kommt es zum **Kulturwandel**.

Paradigmenwechsel nannte Thomas Kuhn in den 60er Jahren so etwas. Etwas ganz anderes wird zum Signum unserer Gegenwart, für das, was uns wichtig ist.

Für mich war in jenen Jahren Max Horkheimers „Kritik der instrumentellen Vernunft“ wichtig. Vernünftig ist nicht per se alles, was man machen kann und wofür es das Zeug gibt. Die Vernunft, die in den Instrumenten steckt, ist allein noch nicht vernünftig. Und hilfreich war die „Dialektik der Aufklärung“ von Adorno und Horkheimer. So einfach ist das mit der Aufklärung nicht. Was ist das jeweils Andere einfach gedachter Aufklärung? Was ist kritisch an der Vernunft, die nur die Instrumente sieht?

Meine Aufmerksamkeit galt nicht nur den Dingen, sondern auch immer dem, was dahinter war - was in den Hintergrund getreten, vergessen, verborgen war oder was sich einfach noch nicht zeigte. Das blieb mal mehr, mal weniger meine Grundhaltung.

Im Vordergrund stand damals die *Gesellschaftsreform* - nicht so sehr das, was auch ohne den Impuls der Reform, früher oder später kommen würde, sondern die Realisierung eines „neuen zivilisatorischen Anspruchs“ für die Gesellschaft, wie es der Deutsche Bildungsrat 1969 formulierte. Es sollte ein Neubeginn der Gesellschaft sein, der die Bildung und die ganze Gesellschaft dem Imperativ der *Modernisierung* unterwerfen wollte. Nach dem Krieg war das endlich fällig.

Was sich jedoch nicht modernisieren ließ, waren die Traumata, die zahllose Menschen, ob als Kinder, Erwachsene oder schon Ältere, ob als Täter oder Opfer im Weltkrieg und noch danach davongetragen hatten. Das blieb noch lange die dunkle Seite.

Es war deshalb wie eine heimlich erhoffte Wiedergutmachung, wenn nach Krieg und Kolonialismus **„Entwicklung und Entwicklungshilfe“** zu tragenden Leitbegriffen wurden. Es war wie ein neues Paradigma, die Welt anzuschauen als eine zu entwickelnde. Eine stolze Vorstellung, die Welt zu entwickeln und denen die im Rückstand sind, bei der Entwicklung zu helfen.

Aber der Produktionsfaktor Umwelt, in seiner prinzipiellen Begrenztheit, wurde noch nicht gesehen. Als begrenzende Wachstumsbedingung kam er im industriellen Denken nicht vor. Das war noch ein

blinder Fleck. Der Krieg gegen die Umwelt war ein unerklärter Krieg, dessen man sich noch nicht bewusst war.

Es sollten Friedenszeiten werden. Die Botschaft hieß vielmehr: „Entwicklung ist der neue Name für Frieden“. Und sie galt dem Fortschritt der Völker. Das war die Botschaft von „Populorum Progressio“ - über den Fortschritt der Völker“. Das war eine Enzyklika, ein Rundschreiben an die ganze Kirche, die Weltkirche. Papst Paul VI. hatte sie am vom 26. März 1967, anderthalb Jahre nach Ende des Konzils- und kurz, möchte man sagen, vor den 68ern veröffentlicht.

Das Konzil hatte das „aggiornamento“, die Verheutigung der Kirche beginnen wollen. Und das erste große nachkonziliare Rundschreiben, die Enzyklika, dachte global über die Bedingungen der Zukunftsfähigkeit nach. Sie dachte groß. Einige brachen auf. Einer meiner wichtigsten Lehrer z. B. ging in die Entwicklungshilfe. Aber die Mehrheit der Kirche blieb sitzen. Manche konzentrierten sich auf Schönheitsreparaturen. Es war der Weg einer zutiefst verbürgerlichten Kirche.

Die Enzyklika machte im Hinblick auf den Entwicklungsbegriff auch auf die Gefahr der Verengung auf wirtschaftliches Wachstum aufmerksam: „Entwicklung ist nicht einfach gleichbedeutend mit **wirtschaftlichem Wachstum**. Wahre Entwicklung muss umfassend sein, sie muss jeden Menschen und den ganzen Menschen im Auge haben.“ (PP 14)

Oder die Gefahr der Einseitigkeit, denn: „Jedes **Wachstum** hat seine zwei Seiten. Es ist unentbehrlich, damit der Mensch mehr Mensch werde, aber es sperrt ihn wie in ein Gefängnis ein, wenn es zum höchsten Wert wird... Dann verhärtet sich das Herz, der Geist verschließt sich, die Menschen kennen keine Freundschaft mehr, sondern nur noch das eigene Interesse, das sie gegeneinander aufbringt und entzweit.“ (PP 19)

Sie verlangte auch die Bindung an das Gemeinwohl: „Das **Gemeinwohl** verlangt deshalb manchmal eine Enteignung von Grundbesitz, wenn dieser wegen seiner Größe, seiner geringen oder überhaupt nicht erfolgten Nutzung, wegen des Elends, das die Bevölkerung durch ihn erfährt, wegen eines beträchtlichen Schadens, den die Interessen des Landes erleiden, dem Gemeinwohl hemmend im Wege steht.“ Das Konzil hat gesagt, „dass verfügbare Mittel nicht einfach dem willkürlichen Belieben der Menschen überlassen sind und dass egoistische Spekulationen keinen Platz haben dürfen. Deshalb darf es nicht geduldet werden, dass Bürger mit übergroßen Einkommen aus den Mitteln und der Arbeit des Landes davon einen großen Teil ins Ausland schaffen, zum ausschließlichen persönlichen Nutzen, ohne sich um das offensichtliche Unrecht zu kümmern, das sie ihrem Lande damit zufügen.“ (PP 25). <http://www.christusrex.org/www1/overkott/populo.htm>
- Das ist in Zeiten des Neoliberalismus nicht besser geworden.

Die Enzyklika war bekannt wie sonst nur die über die Pille. Im Unterschied zu dieser ist jene heute noch lesenswert. Aber sie hat die Kirche nicht mitgenommen. Diese verharrt größtenteils im innerkirchlichen Kosmos von gestern, ob in hellen Scharen auf dem Petersplatz in Rom oder bei Weihrauch in der eigenen Kirche.

Im Jahr 1972 war es ein Club, der die Welt aufrüttelte. Der Club of Rome. Die „Grenzen des Wachstums“ wurden aufgezeigt. Die inszenierte Ölkrise passte gut dazu. Doch schneller noch als die Quellen versiegten, waren die Senken voll. Wasser, Boden, Luft wurde trotz erster Reinhaltungserfolge immer giftiger. Die Tragkapazität war erschöpft. Eine Kreislaufwirtschaft musste her.

Aber zuvor noch gab es 1972-1975 eine große gemeinsame katholische Synode in Deutschland, die erste und letzte ihrer Art, die sogenannte Würzburger Synode. Sie wurde mit einem großartigen Dokument abgeschlossen, einem Versuch, unsere Zukunftsfähigkeit auszuleuchten. Es hieß „Unsere Hoffnung - Ein Bekenntnis zum Glauben in unserer Zeit“. Sein Autor war der Theologe Johann Baptist Metz, Schüler des Konzilstheologen Karl Rahner. Er ist ein Vertreter der politischen Theologie, Verfasser von „Memoria Passionis“, einer Theologie nach Auschwitz, einer Theologie, die nur solange Theologie ist, als ihr das Gedächtnis des Leidens in seiner hoffnungslosesten Form eingebrannt bleibt.

Die Synode bekennt in diesem Dokument: „Eine Kirche, die sich erneuern will, muss wissen, wer sie ist und wohin sie zielt. Nichts fordert so viel Treue wie lebendiger Wandel“. Aber den Part der Treue spielten mehr die Bischöfe und den Part des lebendigen Wandels spielte mehr die Mehrheit der übrigen Synodalen, die aber nicht einfach das einfache Kirchenvolk der Volkskirche waren.

Und weiter: „Wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass allzu viele zwar noch einen rein feierlichen, aber immer weniger einen ernsten, lebensprägenden Gebrauch von den Geheimnissen unserer Kirche machen“. Und: „Sie darf nicht nur von einzelnen innerkirchlichen Reformen sprechen, wenn ihr tagtäglich der Verdacht entgegenschlägt, dass das Christentum nur noch mit verbrauchten Worten und Formen den Fragen und Ängsten, den Konflikten und Hoffnungen in unserer Lebenswelt, der mühsam verdeckten Sinnlosigkeit unseres sterblichen Lebens und unserer öffentlichen und individuellen Leidensgeschichten antworte.“

Zum Stand der Entwicklung heißt es: „Wir sind die Kirche eines industriell und technologisch *hochentwickelten* Landes. Mit zunehmender Deutlichkeit erfahren wir heute, dass diese Entwicklung nicht unbegrenzt ist, ja, dass die Grenzen der wirtschaftlichen Expansion, die Grenzen des Rohstoff- und Energieverbrauchs, die Grenzen des Lebensraums, die Grenzen der Umwelt- und Naturausbeutung eine wirtschaftliche Entwicklung aller Länder auf jenes Wohlstandsniveau, das wir gegenwärtig haben und genießen, nicht zulassen.“

Angesichts dieser Situation wird von uns - im Interesse eines lebenswürdigen Überlebens der Menschheit - eine einschneidende Veränderung unserer Lebensmuster, eine drastische Wandlung unserer wirtschaftlichen und sozialen Lebensprioritäten verlangt, und dies alles voraussichtlich noch innerhalb eines so kurzen Zeitraums, dass ein langsamer, konfliktfreier Lern- und Anpassungsvorgang kaum zu erwarten ist. Es werden uns neue Orientierungen unserer Interessen und Leistungsziele, aber auch neue Formen der Selbstbescheidung, gewissermaßen der kollektiven Aszese abverlangt.“ Sie, die Kirche „muß ... die im Christentum schlummernden moralischen Kräfte gerade auf jene großen Aufgaben richten, die sich aus dieser neuen gesellschaftlichen Situation ergeben; sie muß diese Kräfte mobilisieren im Interesse lebenswerteren Lebens für die wirtschaftlich und sozial benachteiligten Völker und gegen einen rücksichtslosen Wirtschaftskolonialismus der stärkeren Gesellschaften, im Interesse der Bewohnbarkeit der Erde für die Kommenden und gegen eine egoistische Beraubung der Zukunft durch die gegenwärtig Lebenden.“

Vor diesen weltweiten Problemen dürfen besonders wir Christen in der Bundesrepublik Deutschland nicht die Augen verschließen, wenn wir die Maßstäbe unserer Hoffnung nicht zurückschrauben oder verbiegen wollen.“ <http://wuerzburger-synode.jimdo.com/unsere-hoffnung/> <http://www.dbk-shop.de/de/Deutsche-Bischofskonferenz/Synodenteyxte/Gemeinsame-Synode-der-Bistuemer.html>

Die Synode wagte solche großen und großherzigen Worte. Das „Volk Gottes“, die Kirche, aber versagte sich, nicht anders als breite Schichten der Gesellschaft diesem Anspruch. Es war wieder das Milieu der Bürgerlichkeit, die das alles für Alarmismus halten musste. Auch manche Bischöfe vergaßen diesen Text lieber.

Die Aufmerksamkeitsmechanismen waren auf die bürgerliche Gegenwart eingestellt und das Große und Ganze zumal die Zukunft spielte nicht wirklich eine Rolle.

Aus heutiger Sicht ist unter den Kirchgängern, hüben wie drüben, überwiegend ein alterndes bürgerliches Milieu vertreten, das vor allem nur noch den „feierlichen“ Gebrauch von der Kirche macht, in dem jedoch die Welt nicht vorkommt. Dazu noch die, die Kirche nur noch an den großen Lebensereignissen, Geburt, Hochzeit und Tod als Rahmen für gut finden. Diese Servicekirche für bestimmte Bedürfnisse geht ihrem Ende entgegen. Das ist die Entwicklung der Volkskirchen.

Ich weiß, von was ich rede. Als ich bis Ende letzten Jahres für einige Zeit ehrenamtlich Umweltbeauftragter im Bistum Hildesheim war, habe ich Haupt und Glieder, mit dem konfrontiert, was in einem Expertenpapier einer Arbeitsgruppe der Bischofskonferenz und dann im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, wie auch in der EKD, Beschlusslage zum Beispiel zum Klimaschutz ist .

Es ist nicht viel, was davon aufgegriffen und umgesetzt wurde. Auch die beiden Fastenaktionen des bischöflichen Hilfswerks MISEREOR, - Die Schöpfung bewahren, damit alle leben können – bewirkten in den Gemeinden fast nichts. Die Aktionen zeigten an eindringlichen Beispielen die globalen Folgen des Klimawandels, sie sprachen davon, was wir als die Verursacher bei uns ändern müssen und was zu tun und zu lassen ist, damit die Betroffenen sich selber helfen können. Unter dem Strich in der Breite der heutigen Sonntagschristen: Fehlanzeige.

Aber es gibt sie dennoch, die Einsicht, die Umsicht und die Weitsicht des Weltbürgers. Aber es sind noch wenige. Noch weitgehend in den Zirkeln tätig, die nicht im Vordergrund stehen, dem die große Aufmerksamkeit gilt. Nicht viel anders als in der übrigen Gesellschaft auch.

1985 hatten sich die Kirchen unter dem Titel „Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung“ mit einer gemeinsamen Erklärung zu Wort gemeldet. Es ging um die Umweltkrise und ihre Ursachen, um bisherige Lösungsversuche und Fehlentwicklungen, um das Ökologieproblem als ethische Herausforderung, um die christliche Botschaft von der Schöpfung und um Forderungen für ein neues Denken und Handeln. Im Fokus der Aufmerksamkeit stand jedoch noch nicht die globale Knappheit der Umweltgüter oder die globale Enge des Umweltraums. Sie lenkte die Aufmerksamkeit vor allem auf unser Handeln im nationalen Kontext und war noch weitgehend blind für die Defizite der internationalen Ordnung einer sich globalisierenden Welt.

Die globale Karte als Christenheit zog der Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker mit seinem Aufruf „Die Zeit drängt – Eine Weltversammlung der Christen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Das war im Anschluss an den evangelischen Kirchentag 1985. Und sie fand tatsächlich 1990 in Seoul statt. Auf der Vollversammlung des Weltkirchenrates in Vancouver 1983 hatte die DDR-Delegation ein gesamtchristliches Friedenskonzil vorgeschlagen, wie es Dietrich Bonhoeffer angesichts des drohenden Zweiten Weltkrieges vor fünfzig Jahren für geboten hielt.

Daraus wurde ein „konziliarer Prozess“ mit der Ersten Europäischen Ökumenischen Versammlung 1989 in Basel, der genannten Weltversammlung in Seoul, der Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung 1997 in Graz und der Dritten Europäischen Ökumenischen Versammlung 2007 in Sibiu (Hermannstadt). Nicht auszudenken, was aus diesem konziliaren Prozess zu Gerechtigkeit Frieden und Schöpfung vielleicht hätte werden können, wenn die Römische Weltkirche voll mitgezogen hätte.

Es war damals - in Zeichen des Nachrüstungsbeschlusses - die Zeit der Friedensbewegung gewesen. Die bisher größte Friedensdemonstration in der Bonner Rheinaue 1982. Ziviler Ungehorsam gegen die Stationierung der Pershing II in Mutlangen. Es waren viele evangelische Christen dabei. Das hat

sich insoweit 1989 erledigt. Aber Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung stehen weiterhin auf der Tagesordnung.

Der konziliare Prozess war, so groß er angelegt war, vor allem in Europa zuhause. Die Zivilgesellschaft hat ihn nach dem Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums vergessen.

Geblichen ist die Formel von der „Bewahrung der Schöpfung“. Sie ist meines Wissens durch den damaligen Titel in den festen Sprachgebrauch gekommen. So fest, dass man sich fast gar nichts mehr dabei denkt. Sie ist zur Floskel verkommen. Sie ist eine Pflichtübung geworden, die man in entsprechenden Kreisen nicht vergessen darf. Aber man weiß nicht wirklich, was es heißt, die Schöpfung zu bewahren.

Man macht sich vor allem nicht klar, dass „Schöpfung“ ein theologischer Begriff. Er verweist auf einen von dieser Welt unabhängigen Schöpfer und über den Schöpfer auf die seines Wohlwollens gewisse Welt. Schöpfung ist nichts Abgeschlossenes, das man bewahren kann. Sie ist der ganze evolutionäre Prozess, der auch den Menschen hervorgebracht hat. Dieser ist verantwortungsfähig. Er kann und muss Antwort geben. Wenn er sich als Geschöpf versteht, muss das eine Antwort, eine Rechenschaft sein vor Gott und den Menschen, über das, was er tut und lässt.

1986 gab es einen Augenblick als die Welt den Atem anhielt, als sich die **Aufmerksamkeit** auf eine große Gefahr sich konzentrierte: Tschernobyl. 1986 wurden das Bundesumweltministerium und, nach einer Landtagswahl, das Niedersächsische Umweltministerium gegründet. „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“ ist man versucht mit Hölderlin zu sagen. Immerhin es war ein Anfang, sich politisch in einem eigenen Ressort mit der Umwelt zu befassen.

Es dämmerte mir aber bald, dass die Zuständigkeit eines künftig sich vollziehenden ökologischen Umbaus der Gesellschaft unter die Richtlinienkompetenz der Regierungschefs gehört, und dass man den Fachverstand in einer leistungsstarken interdisziplinären Fachbehörde bündelt, die allen Ressorts zuarbeitet.

1986 also saßen wir im Umweltministerium beisammen, namentlich seien heute genannt Ortwin Peithmann und Ludwig Uphues. Was wir dort alles getrieben haben und was möglich wurde und was noch nicht möglich wurde, kann hier in kurzer Zeit nicht berichtet werden. Nur eines sei erwähnt, weil es seinen Weg bis in der Steuererklärung der Eltern gefunden hat: das Freiwillige Ökologische Jahr.

1987 überraschte uns dann eine UN-Weltkommission, die sogenannte Brundtland-Kommission mit einem Bericht, der den programmatischen Titel trug „Sustainable Development“, Nachhaltige Entwicklung. Das war der eigentliche Auftakt zur UN-Konferenz von Rio 1992 zu „Umwelt und Entwicklung“ mit seiner Agenda 21. Wie kann der Norden die Umweltressourcen schützen und gleichzeitig der Süden sich entwickeln. Die Umweltfrage wurde das erste Mal von der Staatengemeinschaft der Welt global in den Blick genommen. Aber es geschah in Rückkopplung auf ein womöglich schon überholtes **Entwicklungsverständnis** und zugleich auf ein wohlmöglich gar nicht zukunftsfähiges **Technologieverständnis**. Aber es wurde erstmals auf dieser Ebene auch die NGOs, beteiligt. Das Volk kam vor. Es ließ sich nicht nur vertreten. Das war bisher ein blinder Fleck im Auge der Experten. Der betroffene Mensch bekommt mit der Kompetenz seiner Betroffenheit Gehör.

1992 richtete die Bundesregierung den „Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU)“ ein. Die Enquete-Kommissionen des Bundestages zu Energiefragen hatten zuvor wurde auch die Frage des **Klimawandels** behandelt. Man hatte mit bestimmten Spurengasen die mögliche Ursache einer globalen Umweltveränderung identifiziert.

Der WBGU identifizierte weitere Ursachen mit globalen Auswirkungen, neben der Bevölkerungszunahme den weltweiten Verlust der nutzbaren Böden, die Verknappung des Süßwassers, die Verschmutzung, Erwärmung und Versauerung des Meerwassers, die Verlust der biologischen Vielfalt und Belastung der Erdatmosphäre, den Klimawandel u.a. Und er machte aufmerksam, wie diese einzeln beschriebenen Probleme sich in Syndromen, Problemzonen akkumulieren. Z.B. das Sahel-Syndrom oder das Bitterfeld-Syndrom. Er diskutierte auch Vorschläge, wie die Wissenschaft aufgestellt sein müsse um diesen neuartigen Globalen Umweltveränderungen gerecht zu werden, oder welche neuen Instrumente die Politik benutzen müsse, um diesen globalen Problemen angemessen zu begegnen.

Ich habe den Eindruck, dass die Arbeiten des WBGU lange nicht die Beachtung finden, die angemessen wäre. Aber man arbeitet interdisziplinär im Hintergrund und hilft manch einem, besser durchzublicken, was alles zur Nachhaltigkeit gehört und wodurch sie verletzt wird und was vor allem zu tun ist. Kurzfassungen für Politikentscheider gibt es jedenfalls.

Der WBGU stellt just in diesen Tagen sein neues Hauptgutachten 2011 vor: „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“. Man kann es sich unter www.wbgu.de herunterladen. Als Buch erscheint es im Juli. Auf der Webseite des WBGU heißt es dazu:

„Der WBGU begründet in diesem Bericht die dringende Notwendigkeit einer post-fossilen Wirtschaftsweise, zeigt zugleich die Machbarkeit der Wende zur Nachhaltigkeit auf und präsentiert zehn konkrete Maßnahmenbündel

zur Beschleunigung des erforderlichen Umbaus. Damit die Transformation tatsächlich gelingen kann, muss ein Gesellschaftsvertrag zur Innovation durch einen neuartigen Diskurs zwischen Regierungen und Bürgern innerhalb und außerhalb der Grenzen des Nationalstaats geschlossen werden.“

Ein neuartiger Diskurs zwischen Regierungen und Bürgern. Das ist neu. Das war nicht immer so. Die Bürgerbewegungen waren zwar zu beteiligen, aber es war mehr Last als Lust. Aber im Innovationsprozess sind sie, die Bürger, notwendig. Wenn sie denn nicht wie Funktionäre für bestimmte nur Interessen agieren.

Aber noch einmal zurück: Deutschland hatte sich also vereinigt. Die Welt suchte sich mehr und mehr im Zeichen der Globalisierung neu zu ordnen. Infolge des Rio-Prozesses übten Öffentlichkeit und Politik im rechten Gebrauch des Wortes Nachhaltigkeit, national und international und global. Das zog sich aber hin und zieht sich hin.

Dafür trat das Thema des Klimawandels in den letzten Jahren in den Vordergrund. Auf den Klimagipfeln der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention wurde heftig über ein Kyoto-Nachfolge-Protokoll gerungen. In Kopenhagen kam es 2009 nur zu einem unverbindlichen Copenhagen Accord. In Cancun 2010 fand man zu keiner einheitlichen Linie. Heute am Rande einer Klimazwischenkonferenz hält der 2010 zurückgetretene vormalige Generalsekretär des Klimasekretariats, Ivo de Boer, das Kyoto-Protokoll für gescheitert.

Der Klimawandel war und ist ein Thema, das neben vielen NGOs die Kirchen wieder auf den Plan rief. 2006 veröffentlicht die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen gemeinsam mit der Kommission Weltkirche einen „Expertentext zur Herausforderung des globalen Klimawandels“ unter dem Titel „Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit“. Es ist ein Text, der nicht viel zu wünschen übrig lässt. Er stellt die Frage des Klimaschutzes ganz konsequent unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit, beschreibt das Problem sehr fachkundig und, indem er den Klimawandel einen Brennpunkt nennt, will er gewissermaßen den

Verantwortlichen einheizen. Es ist Brandrede zugunsten der hauptsächlich vom Klimawandel Betroffenen. Und ist eine Gardinen-Predigt für das eigene Handeln. Es ruft auf zur Solidarität mit den Opfern. –

http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/veroeffentlichungen/kommissionen/KO_29_2.%20Aufl..pdf

Aber es ist nur ein Kommissionstext, den in der Diözese Hildesheim 2008, als ich dort ehrenamtlich als Umweltbeauftragter antrat, keiner erinnerte. Aber es war ein wichtiger Vorläufer.

Denn November 2008 veröffentlichte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), ein Vertretungsorgan des Laienkatholizismus unter dem Titel „Schöpfungsverantwortung wahrnehmen – jetzt handeln“ einen dringenden Aufruf. Im Vorfeld der Klimaschutzkonferenz von Kopenhagen wird noch einmal alles aufgeboten, was vorher zum Klimaschutz gesagt wurde und es werden alle Sachbereiche und Politikfelder aktuell durchgegangen. Als die Hauptverursacher des Klimawandels stehen die Industrieländer in der Verantwortung und Pflicht, im Klimaschutz voran voranzuschreiten. Es gelte, eine zukunftsfähige Kultur zu entwickeln.

„Wir fordern einen Wandel von Politik, Wirtschaft und Kirche, wir stehen für einen Wandel ein – damit alle leben können!“ So schließt die Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Deutlicher geht es nicht.

Speziell zur Kernenergie heißt es: „Die Gewinnung von Kernenergie ist im Gesamtzyklus zwar emissionsärmer. Angesichts der ungelösten Frage der Endlagerung und der Gefahr der Verbreitung von Atomwaffen stellt die Kernenergie jedoch langfristig keine verantwortungsvolle Möglichkeit dar, das Problem des Klimawandels zu lösen.“ (Nr.2.1.1.)

<http://www.zdk.de/erklaerungen/erklaerung.php?id=174&page=3>

Und schließlich 2009 greift eine Denkschrift des Rates der EKD „Umkehr zum Leben – Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels“ neben dem allen auch noch die Krise des Weltfinanz- und Weltwirtschaftssystems auf. <http://www.ekd.de/download/klimawandel.pdf>

Und last not least der Papst mit seiner Botschaft zum Weltfriedenstag am 1.Jan. 2010 „Willst du den Frieden fördern, so bewahre die Schöpfung“.

http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/messages/peace/documents/hf_ben-xvi_mes_20091208_xliii-world-day-peace_ge.html

Unter Nr. 4 heißt es: „Auch wenn die Kirche es vermeidet, sich zu spezifischen fachlichen Lösungen zu äußern, so bemüht sie sich als »Expertin in Menschlichkeit«, mit aller Kraft die Aufmerksamkeit auf die Beziehung zwischen dem Schöpfer, dem Menschen und der Schöpfung zu lenken. Papst Johannes Paul II. hat 1990 von einer »Umweltkrise« gesprochen, und unter dem Hinweis, dass diese in erster Linie ethischer Natur sei, hob er »die dringende moralische Notwendigkeit einer neuen Solidarität« hervor. Dieser Aufruf ist heute angesichts der zunehmenden Zeichen einer Krise noch dringlicher... Wie könnte man gleichgültig bleiben angesichts von Phänomenen wie dem globalen Klimawandel, der Desertifikation, der Abnahme und dem Verlust der Produktivität von großen landwirtschaftlichen Gebieten, der Verschmutzung von Flüssen und Grundwasser, dem Verlust der Biodiversität, der Zunahme von außergewöhnlichen Naturereignissen und der Abholzung in tropischen Gebieten. Wie könnte man das wachsende Phänomen der sogenannten »Umweltflüchtlinge« übergehen: Menschen, die aufgrund der Umweltschäden ihre Wohngebiete – oft auch ihr Hab und Gut – verlassen müssen und danach den Gefahren und der ungewissen Zukunft einer zwangsmäßigen Umsiedlung ausgesetzt sind? Wie könnte man untätig bleiben angesichts der schon bestehenden und der drohenden Konflikte um den Zugang zu den natürlichen Ressourcen? All diese Fragen haben

einen weitreichenden Einfluss auf die Umsetzung der Menschenrechte, wie zum Beispiel das Recht auf Leben, auf Nahrung, Gesundheit und Entwicklung.“

Man mag erleichtert feststellen, dass nun auch der Papst so schreibt, als hätten er oder seine Mitarbeiter die Gutachten des WBGU gelesen. Aber, zusammen mit seinem Vorgänger, hält er die Umweltkrise für eine Krise, die in erster Linie ethischer Natur ist, und die „die dringende moralische Notwendigkeit einer neuen Solidarität“ fordert.

Ist die Umweltkrise in erster Linie eine ethische Krise? Was ist mit der Faszination des Fortschritts, dessen Früchte aber keiner missen möchte, die allgemeine Mehrung des Wohlstands? Dies alles hinsichtlich der schlimmen globalen Umweltfolgen eine Krise in erster Linie ethischer Natur? Und nicht auch eine Krise des Wissens. Ökologische Zusammenhänge und globale Vernetzung sind ein Erkenntnisproblem und das Ganze noch einmal ein Vermittlungsproblem. Es gilt zu verstehen, dass in der bisherigen Entwicklung etwas gedacht, gesehen, für wichtig gehalten und geschehen ist, was sich rückschauend in seinen Folgen als unverträglich mit den Bedingungen unbedingten Fortbestehens zivilisierten Lebens auf dieser Erde erweist. Und nun müssen wir die Konsequenzen ziehen und umsteuern. Und jetzt wird es ethisch. Bringen wir den Mut auf zu tun, was wir als richtig erkannt haben?

Ich halte es für einen Fehler, die Umweltkrise zu moralisieren. Man muss sie aus der Entwicklung verstehen lernen und offen und bereit sein für einen grundlegenden Wandel, für eine Transformation. Sie ist nicht eine Frage von Gutmenschen, die die Folgen eines moralischen Versagens in der Welt wiedergutmachen. Sie ist eine Frage der Neuerfindung einer Kultur des guten Lebens, die zukunftsfähig ist.

Das lässt mich auf einen Text kommen, den ich am Anfang schon einmal erwähnt habe, „Kirche, Kernenergie, Klimawandel“ (kkk). Nach einem ökumenischen Kreuzweg von der Asse zum Schacht Konrad im vergangenen Jahr, der die Lasten der Kernenergie bedachte, war der Text entstanden. Und als eine Delegation des Bistums Hildesheim mit dem Generalvikar des Bistums in den Schacht von Gorleben einfuhr war er fertig. Eine Arbeitsgruppe im Forschungsinstitut für Philosophie Hannover hatte den Text im Auftrag der Diözese verfasst. Und er fand die Zustimmung der Leitung der Diözese. Er liegt als Buch mit einschlägigen Dokumenten vor. (www.fiph.de)

Kirche - Kernenergie – Klimawandel, Eine Stellungnahme mit Dokumenten, Eike Bohlken, Volker Drell, Mandy Dröscher, Thomas Hoffmann, Ansgar Holzkecht, Jürgen Manemann (Hrsg.) Reihe: Philosophie aktuell. Veröffentlichungen aus der Arbeit des Forschungsinstitutes für Philosophie Hannover, 2. Auflage, LIT, EAN: 9783643108586 (ISBN: 3-643-10858-3) 184 Seiten, paperback, 15 x 21cm, 2010

Der Text lehnt - im Vorfeld der Laufzeitverlängerung - die Nutzung der Kernenergie grundsätzlich ab, weil sie dem **Gemeinwohl**, als der „Gesamtheit jener Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die sowohl den Gruppen als auch den einzelnen Gliedern ein volleres und leichteres Erreichen der eigenen Vollendung ermöglichen“ (II.Vat., GS 26) widerspricht. Und sie ist auch kein Beitrag zur Lösung des Klimaproblems, wegen ihres insgesamt in der Welt nur kleinen Anteils an der Energieversorgung nicht und auch nicht wegen der geringeren CO₂- Emissions-Bilanz. Der Text sagt: „Kernenergie ist Ausdruck einer Zivilisationsform, deren Selbstverständnis wesentlich durch die Merkmale der technischen Machbarkeit und des quantitativen Wachstums geprägt ist.“ (kkk S.10)

Wer sich an die Anfänge der friedlichen Nutzung der Kernenergie erinnert, weiß dass mit ihr nahezu grenzenloses Wachstum und ein Wohlstandsversprechen verknüpft wurde. Es heißt weiter: „Diesem Verständnis entspricht die Annahme, dass Wachstum zu Wohlstand und Wohlstand automatisch zu Wohlbefinden führt. Ein Blick auf hochentwickelte Gesellschaften, in denen die Unzufriedenheit zunimmt, offenbart jedoch die Brüchigkeit dieses Zusammenhangs. Immer mehr Menschen leider unter Anerkennungszerfall und Sinndefiziten.“ (kkk S.11)

Der Kernenergie ist nur ein prominentes Beispiel für diese hinsichtlich ihrer sonstigen Folgen blinde Industriegesellschaft. Aus dieser Industriegesellschaft müssten wir aussteigen, auch wenn es Fukushima nicht gegeben hätte. Dass wir jetzt wenigstens aus der Kernenergie aussteigen, wo das statistisch mögliche tatsächlich wurde, ist mathematisch konsequent, hilft aber den Opfern nicht oder nicht mehr. Vom Niger, wo der französische Atomkonzern Areva, unter hier zu Lande unakzeptablen Bedingungen Uranerz abbaut, bis zu den tausenden Strahlenopfern von Tschernobyl und Fukushima.

Auf Kernenergie und Klimawandel kann nur mit einem Kulturwandel geantwortet werden. Wir müssen neue Formen des gesellschaftlichen Miteinanders entwickeln. „An der Zeit ist eine Anerkennungskultur, die sich nicht nur auf die Anerkennung des Anderen in seiner Andersheit bezieht, sondern auch auf Selbstachtung“, heißt es in der Stellungnahme. Eine Selbstachtung, die „durch unser eigenes Verhalten, insbesondere durch unser eigenes nicht nachhaltiges Umweltverhalten, zerstört zu werden droht. Ein solcher Verlust an Selbstachtung kann Fatalismus fördern und zu einem Kontrollverlust über das eigene Leben führen, der nicht zuletzt auch gedankenlose Ressourcenverschwendung hinhimmt und verstärkt.“

Verantwortung – von Hoffnung getragen – ist Ausdruck der Würde des Menschen, die es nicht ohne die Ehrfurcht vor dem Leben gibt“ so schließt der Text. (kkk S.11)

Alle diese Expertentexte, Beschlüsse von Gremien und Positionspapiere kursieren bisher nur in einem relativ kleinen Kreis, die Tagespresse erreichen sie wenn überhaupt nur mit kleinen Meldungen, weil sie zwar nicht falsch, aber folgenlos sind. Bisher fehlt ihnen der Resonanzboden. Aber das kann sich ändern. Bei dem Text kkk war es schon anders. Die HAZ titelte am 16.06.2010 groß auf der ersten Seite „Katholiken sagen Nein zur Atomkraft – Ein Papier des Generalvikars sorgt im Bistum Hildesheim für Furore“.

Gegen Ende meines eingangs erwähnten Pilgerweges habe ich an die noch verbleibende Strecke meines Lebensweges gedacht. Ich dachte, nun ist es gut, nun lass es dir gut sein.

Aber was wir seitdem bereits an Wandel erlebt haben, ist so viel Zukunft wie lange nicht. Ein grundlegender Kulturwandel, ein Umbau der Gesellschaft, neue Formen des Miteinanders, ein Zusammengehen der Staaten dieser Welt nachhaltig zukunftsfähig scheint möglich.

„Wer das Mögliche Wirklichkeit werden lassen möchte, der muss immer auch das Unmögliche wünschen. Nur so können neue Formen des Handelns entwickelt werden, deren Voraussetzung die Änderung gegenwärtiger Wahrnehmungsmuster ist.“ So noch einmal das kkk-Papier.

Die gegenwärtige gesellschaftliche Hegemonie von Grün zeigt an, dass wir in einem neuen Zeitalter angekommen sind. Ministerpräsident Kretschmann sitzt schon länger im ZdK! Und viel von dem, was vordem wie unter Ausschluss der Öffentlichkeit gesagt oder geschrieben wurde, bekommt allmählich einen Resonanzboden und war nicht vergebens.

Was bedeutet das hinsichtlich der „Raumentwicklung“? Ich meine sehr viel. Wer, wie viele, womit, wie oft und wohin im Raum unterwegs sind, hängt meistens von den Gegebenheiten ab. Es geschieht aber auch, dass es umgekehrt ist, dass Menschen, dass Gesellschaften sich neu einrichten, nämlich nachhaltiger. Dann passiert auch etwas mit dem Raum. Eine spannende Aufgabe.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/veroeffentlichungen/arbeitshilfen/AH_245.pdf

